



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	5
3.	Griechische Zyprioten	6
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	6
	Innenpolitische Entwicklungen	7
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	8
4.	Türkische Zyprioten	10
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	10
	Beziehungen mit der Türkei	11
	Innenpolitische Entwicklungen	12
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	12
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	13

FES NEWS

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[@FESCyprus](#) - www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters finden Sie das Anmeldeformular
hier www.fescyprus.org/de/newsletter/

1. Das Zypernproblem

Die Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen für Zypern, Jane Hall Lute, besuchte am 6. April die Insel in einem weiteren Versuch, eine Einigung bezüglich des Referenzrahmens zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zu erreichen.

Sie traf sich am 7. April zu Einzelgesprächen mit dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenführer¹ Mustafa Akinci und seinem griechisch-zypriotischen Gegenüber Nicos Anastasiades. Den Vorschlag, eine Vier-Parteien-Konferenz mit den Garantiemächten Türkei und Griechenland abzuhalten, wies die griechisch-zypriotische Seite zurück. Anastasiades nähme an Gesprächen sowohl als Führer der griechisch-zypriotischen Gemeinschaft als auch als Präsident der Republik Zypern teil, was formal einem 5-Parteien-Gespräch entspräche. Laut dem griechisch-zypriotischen Verhandlungsführer Andreas Mavroyiannis legte Anastasiades Lute seine neuen Anregungen zur Dezentralisierung der Regierungskompetenzen dar und erörterte die

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire der EU ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

Frage der politischen Gleichberechtigung. Berichten zufolge schlug Anastasiades ein System parlamentarischer Demokratie vor, in dem es stets einen griechisch-zypriotischen Präsidenten und einen türkisch-zypriotischen Vize-Präsidenten sowie einen rotierenden Premierminister gäbe. Laut Mavroyiannis bekräftigte Anastasiades seine Bereitschaft zu einem Treffen mit Akinci im Beisein Lutes.

Im Anschluss an das Treffen Akincis mit der Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen erklärte der türkisch-zypriotische Regierungssprecher Baris Burcu, der Referenzrahmen Lutes könne nicht fertiggestellt werden, da die griechisch-zypriotische Seite vergangene Vereinbarungen nicht respektiere und nicht bereit sei, den Rahmenplan, den der Generalsekretär der Vereinten Nationen in Crans-Montana am 30. Juni 2017 vorgelegt habe, zu akzeptieren. Des Weiteren beschuldigte er die griechischen Zyprioten, Lute alte Ideen als neue zu präsentieren, um diese zu beeindrucken, wobei er auf die rotierende Präsidentschaft verwies: *„Die griechisch-zypriotische Seite schlägt einen wechselnden Premierminister unter einem Präsidenten, der immer ein griechischer Zypriot sei, statt einer Rotation im Präsidentenamt vor. ... Die Verhandlungen begannen am 15. Mai 2015 und innerhalb von zwei Wochen machte die griechisch-zypriotische Seite genau diesen Vorschlag. Dieser wurde diskutiert, zurückgewiesen und dann hörten sie auf, sich dafür einzusetzen. ... Um unsere politische Gleichberechtigung unter Beweis stellen zu können, hatten wir uns bereits auf sowohl eine rotierende Präsidentschaft als auch mindestens eine türkisch-zypriotische Ja-Stimme bei allen Abstimmungen,*

in denen es keine numerische Gleichheit der Vertreter beider Seiten gibt, geeinigt. Wir sollten nicht hinter frühere Vereinbarungen zurückgehen“, schloss Burcu.

Am 9. April, wenige Tage bevor der Generalsekretär der Vereinten Nationen seinen jüngsten Zypernbericht an den Weltsicherheitsrat übergab, kam es zu einem öffentlichen Disput zwischen Akinci und Anastasiades. Er ergab sich aus den fortdauernden Differenzen zwischen beiden Seiten hinsichtlich der politischen Gleichberechtigung der türkischen Zyprioten im Rahmen einer föderalen Lösung der Zypernfrage. Anastasiades beschuldigte Berichten zufolge Akinci, Forderungen zu stellen, die im Wesentlichen der Türkei den Weg bereiteten, um die Insel zu kapern und unter ihre vollständige Kontrolle zu bringen. Akinci seinerseits sprach Anastasiades die Fähigkeit zu klarer und konstruktiver Herangehensweise ab, da er es vermeide, den türkischen Zyprioten politische Gleichberechtigung zuzugestehen und ständig seine Standpunkte ändere. *„Sind Sie sich bewusst, dass Ihre aktuellen Stellungnahmen die Diskussion über Fragen, bei denen die beide Seiten sich zuvor bereits geeinigt hatten, erneut ausgeläst haben? Wie können wir eine gemeinsame Basis für die Wiederaufnahme der Verhandlungen schaffen, wenn bisherige Übereinstimmungen verworfen werden? Wir haben kürzlich vernommen, dass die griechisch-zypriotische Führung die Notwendigkeit der Zustimmung mindestens eines türkischen Zyprioten [nur] bei Themen von grundsätzlicher Bedeutung akzeptieren würde. Das sind für uns Neuigkeiten. Was sind für Sie Themen von grundsätzlicher Bedeutung?“,* fragte der

türkisch-zypriotische Volksgruppenführer. Akinci wies darauf hin, dass die griechisch-zypriotische Führung in vergangenen Treffen und Stellungnahmen zu verstehen gegeben habe, dass Energiefragen bezüglich der Gasvorkommen vor der Insel oder ein föderales Budget in einer künftigen Partnerschaft keine grundsätzlichen Themen darstellten.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, übergab am 16. April den Bericht über seine Vermittlungsbemühungen in Zypern an den UN-Sicherheitsrat. Der UN-Generalsekretär ließ die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Verhandlungen offen, räumte jedoch ein, dass die Erwartungen für einen Fortschritt oder eine Einigung bezüglich des Referenzrahmens zur Wiederaufnahme der Verhandlungen niedrig seien. Auch drückte er seine Enttäuschung über den aktuellen öffentlichen Diskurs in Zypern aus. Er betonte auch die Dringlichkeit einer Lösung des Zypernproblems. Guterres merkte in seinem Bericht an, dass er Lute darum gebeten habe, ihre Bemühungen in seinem Namen fortzusetzen, die Volksgruppenführer bei der Einigung auf einen Referenzrahmen zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zu unterstützen. Der Weg nach vorn müsse *„gut vorbereitet sein, geprägt von Dringlichkeitsbewusstsein und Fokussierung“* warnte er, *„Die Unterstützung eines endlosen Prozesses ohne Ergebnis liegt hinter, nicht vor uns.“* Ein unveränderter Status quo sei nicht länger tragbar. Der Generalsekretär erklärte, dass der zukünftige Prozess mit Lute gekennzeichnet sein müsse von Zielstrebigkeit und Entschlossenheit, um in ei-

nem übersehbaren Planungshorizont zu einem erfolgreichen Abschluss zu gelangen.

Was Gasvorkommen betrifft, erklärte Guterres: *„Bezüglich der andauernden Spannungen im Umfeld der Erkundungsbohrungen wiederhole ich, dass die Rohstoffe, die im Gebiet um Zypern entdeckt wurden, beiden Volksgruppen zugutekommen sollten und ein starker Anreiz sein können, um eine dauerhafte Lösung für das Zypernproblem zu finden.“*

Das türkisch-zypriotische Außenministerium bezeichnete eine Aufhebung des US-amerikanischen Waffenembargos gegen die Republik Zypern als schwerwiegenden Fehler. In einer schriftlichen Stellungnahme erklärte der Außenminister, ein solcher Schritt würde lediglich die Spannungen im östlichen Mittelmeer verschärfen und ein Wettrüsten auslösen. 1987 hatten die Vereinigten Staaten ein Waffenembargo gegen Zypern verhängt. Vor kurzem war im Senat jedoch ein Gesetzesentwurf zur Aufhebung des Embargos eingereicht worden, das auf US-amerikanischen strategische sowie energie- und sicherheitspolitische Interessen im östlichen Mittelmeer verwies.

Verschiedene Gewerkschaften und Organisationen im Norden Zyperns gaben anlässlich des 15. Jahrestages des Referendums des Annan-Plans Pressemitteilungen heraus. Sie forderten die Pro-Wiedervereinigungsgruppen auf, ihren Kampf für eine Lösung des Zypernproblems fortzusetzen.

Auf der Basis von Berichten in den griechisch-zypriotischen Medien meldeten türkisch-zypriotische Medien, dass die Stromnetze auf

beiden Seiten der Insel vollständig miteinander verbunden worden seien. Ende März sei die zweite Phase der Vernetzung abgeschlossen worden. Ab sofort sei daher ein Energieaustausch zwischen dem Norden und dem Süden der Insel möglich. Der Zusammenschluss der Stromnetze, eine der vielen bereits im Jahr 2015 vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen, war beim letzten Treffen der beiden Volksgruppenführer erneut bestätigt worden.

Laut einem Artikel der freien Journalistin Esra Aygin in der Tageszeitung Cyprus Mail ergab eine im Dezember 2018 durchgeführte Umfrage, dass trotz der vorherrschenden negativen Stimmung der Wunsch nach einer Lösung des Zypernproblems sowie die Unterstützung für dieselbe in beiden Volksgruppen sehr hoch seien. Befragt wurden 1,000 Personen auf beiden Seiten der Insel: 66% der griechischen Zyprioten und 72% der türkischen Zyprioten wünschten sich eine Lösung. Auf die Frage *„Würden Sie in einem möglichen Referendum für einen Lösungsvorschlag stimmen, auf den sich die Führung beider Volksgruppen geeinigt hat?“* antworteten 59% der türkischen Zyprioten und 48% der griechischen Zyprioten mit „Ja“. Zählt man die Unentschlossenen nicht dazu, steigt der Anteil der Ja-Stimmen auf jeweils 66% und 64%. Aygin berichtet zudem, dass die Anzahl der Grenzübertritte mit dem PKW von der griechisch-zypriotischen auf die türkisch-zypriotische Seite seit 2015 um kolossale 173% angewachsen sei. Im gleichen Zeitraum überquerten 22% mehr türkische Zyprioten als zuvor die Grenze in den Süden mit ihren Fahrzeugen. Griechische Zyprioten gaben im Jahr 2018 15,4 Millionen Euro im Norden aus, türkische Zyprio-

ten 17,6 Millionen Euro im Süden. Der Artikel ist online abrufbar, <https://cyprusmail.com/2019/04/07/higher-than-expected-support-for-solution-in-world-bank-survey/?hilite=%27esra%27%2C%27aygin%27>

Ungefähr 100 Aktivisten beider Seiten der geteilten Insel bildeten am 27. April eine Menschenkette am Grenzübergang Ledra Street/Lokmaci, um gegen den Bau eines Kernkraftwerks zu protestieren, den die türkische Regierung im südtürkischen Akkuyu plant.

18 mutmaßliche Gefahrenzonen in Zypern, die möglicherweise vermint sind, wurden von den Vereinten Nationen, der griechisch-zypriotischen Nationalgarde und den Streitkräften im Norden für Minenräumungen als Teil der vertrauensbildenden Maßnahmen gekennzeichnet. Neun Gebiete liegen im Süden, neun im Norden der Insel.

2. Gasvorkommen

Zypern und der Libanon kamen am 11. April überein, Verhandlungen zur Erschließung der Erdgasvorkommen aufzunehmen, die auf beiden Seiten der jeweiligen exklusiven Wirtschaftszonen (EEZ) liegen. Zwar hatten beide Länder bereits im Jahr 2007 eine Vereinbarung bezüglich der EEZ-Abgrenzung unterzeichnet, der Libanon hat diese bisher jedoch noch nicht ratifiziert.

Im Parlament der Republik Zypern wurde am 12. April ein Abkommen zwischen Zypern und

Ägypten über eine direkte Unterwassergaspipeline mit 34 Ja-Stimmen und 16 Enthaltungen ratifiziert. Der bilaterale Vertrag wurde am 19. September 2018 im Präsidentenpalast in Nikosia von Energieminister Yiorgos Lakkotrypis und dem ägyptischen Minister für Erdöl, Tarek El-Molla, unterzeichnet. Mit der Vereinbarung soll der Bau einer Pipeline vom zyprischen Aphrodite-Feld, das auf 4,5 Billionen Kubikfuß Erdgas geschätzt wird, an die ägyptische Küste und weiter zu den Anlagen für verflüssigtes Erdgas (LNG) in Idku erleichtert werden.

Der türkisch-zypriotische Außenminister Kudret Özersay traf sich am 19. April in Ankara mit Melih Bilgin, dem Generaldirektor des staatlichen türkischen Mineralölunternehmens Türkiye Petrolleri Anonim Ortaklığı (TPAO). Laut einer Stellungnahme Özersays auf seinem Social Media Account wurden die Erdgas-Erkundungsbohrungen von TPAO im östlichen Mittelmeer sowie die Lizenzvergabe an TPAO durch die türkischen Zyprioten zur Durchführung von Erkundungsbohrungen im Namen der TRNZ und das Bohrprogramm des Unternehmens diskutiert. Özersay erklärte, die griechischen Zyprioten könnten als Partner der Türkei bei deren Erkundungsbohrungen im östlichen Mittelmeer auftreten. Die türkisch-zypriotische Seite protestiert gegen das Erdgasexplorationsprogramm der Republik Zypern als einseitigen Schritt der griechischen Zyprioten. Die Offshore-Vorkommen gehörten auch ihnen, so die Argumentation. Die Regierung der Republik Zypern entgegnet jedoch, dass letztendlich, sobald das Zypernproblem gelöst sei, sämtliche zukünftigen Gewinne aus den Erdgasfunden allen Zyprioten zugutekämen.

Der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar erklärte, dass die Rechte der türkisch-zyprischen Bevölkerung und die der Türkischen Republik Nordzypern hinsichtlich der Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer nicht ignoriert werden dürften. „*Jegliche anderweitigen Bestrebungen werden nicht toleriert*“, sagte er der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu Ajansı im Anschluss an ein Treffen mit dem US-amerikanischen Verteidigungsminister Patrick Shanahan in Washington DC.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 24. April begann Zypern mit der Platzierung von fünf- und - erstmalig auch - dreißigjährigen Staatsanleihen. Die Nachfrage lag bei über 9 Milliarden Euro. Finanzminister Harris Georgiades sprach von einer äußerst positiven Entwicklung. Die erwirtschafteten Gelder würden ausschließlich für die vorzeitige Rückzahlung des russischen 2,5 Milliarden-Euro-Darlehens, das noch 1,6 Milliarden Euro betrage, verwendet. Georgiades betonte, dass durch die Anleihen Einsparungen bei der Schuldentilgung erzielt, langfristige Darlehen abgesichert und die Schuldenverwaltung erleichtert würden.

Der stellvertretende Minister für Terrorismusfinanzierung im US Finanzministerium, Marshall Billingslea, lobte am 19. April die „außergewöhnlichen Fortschritte“ Zyperns bei der Bekämpfung der Geldwäsche. Während seines

Besuchs auf Zypern, der Teil der Überprüfung des Finanzsektors der Insel durch die USA war, traf sich Billingslea mit Finanzminister Harris Georgiades. Letzterer betonte, dass beide Länder und die EU eine gemeinsame Agenda zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung vorantreiben würden. Zuvor hatte sich Billingslea bereits mit Außenminister Nicos Christodoulides und dem Gouverneur der zyprischen Zentralbank, Constantinos Herodotou getroffen.

Auf dem 9. Nikosia-Wirtschaftsforum verkündete Finanzminister Georgiades am 18. April, dass sich die Regierung eine Reduzierung der Staatsverschuldung auf unter 90% und die Verringerung der faulen Kredite (NPLs) in den einstelligen Bereich bis Ende 2020 zum Ziel gesetzt habe. 2018 war die Staatsverschuldung auf 102,5% angestiegen, nachdem die Regierung im Zusammenhang mit dem Verkauf der schwächelnden staatlich kontrollierten Genossenschaftsbank (Cyprus Cooperative Bank) an die Hellenic Bank Staatsanleihen ausgegeben hatte.

Die Rating-Agentur Fitch bestätigte Zyperns langfristiges Emittenten Default-Rating in ausländischer Währung (IDR) bei BBB- und Aufrechterhaltung eines stabilen Ausblicks. In ihrer Begründung verwies die Agentur auf den breiten Wirtschaftsaufschwung, den beachtlichen Haushaltsüberschuss sowie die Altlasten aus der Bankenkrise: die hohe Staatsverschuldung und die faulen Kredite (NPEs). Am 9. April korrigierte der Internationale Währungsfond (IWF) seine Wachstumsprognose für Zypern im Jahr 2019 auf 3,5% nach unten. Im Oktober hatte die Einschätzung noch bei 4,2% gelegen.

Laut Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, sank die Arbeitslosenrate im März auf 7% (31.000 Arbeitssuchende) verglichen mit 7,1% im Februar.

Innenpolitische Entwicklungen

Als Antwort auf die Mietpreisexplosion in Nikosia (33%) und Limassol (40%) zwischen den Jahren 2015 bis 2018 kündigte die Regierung für Mai eine neue Wohnungspolitik an. Der Innenausschuss beriet am 15. April über die stark ansteigenden Mieten auf der gesamten Insel, insbesondere in Limassol, und die daraus resultierenden Probleme für bedürftige Bevölkerungsgruppen. Abgeordnete und Bürgerinitiativen äußerten Kritik an der Regierung, die es versäumt habe, zu einem früheren Zeitpunkt eine neue Wohnungspolitik einzuleiten und die sich mangels Sozialfürsorge nicht um die Wohnraumproblematik gekümmert habe, mit der ein großer Teil der Bevölkerung zu kämpfen hat.

In Bezug auf den letzten Bericht von Guterres, begrüßten die Parteien AKEL (Fortschrittspartei des werktätigen Volkes) und DISY (Demokratische Sammlung) die Absicht des UN-Generalsekretärs, seine Bemühungen zur Wiederaufnahme der Verhandlungen fortzusetzen, obwohl sich AKEL in einem offenen Disput mit Anastasiades über seine Handhabung des Zypernproblems befindet. EDEK (Bewegung der Sozialdemokraten), CITIZENS ALLIANCE (Bürgerallianz) und SOLIDARITY (Solidaritätsbewegung) kritisierten den Bericht in ihren Stellungnahmen aus unterschiedlichen Gründen. Es seien z.B. die Türkei oder die Besetzung der Insel nicht erwähnt worden.

Unter Berufung auf Regierungsquellen meldete die zyprische Nachrichtenagentur CNA (Cyprus News Agency), dass Nikosia, „im Allgemeinen zufrieden“ mit dem Bericht sei. Er sei positiver ausgefallen als der vom vergangenen Oktober. Am wichtigsten sei, so CNA, dass Guterres Lute's Mission, die Volksgruppenführer bei einer Einigung auf einen Referenzrahmen zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zu unterstützen, nicht beendet habe.

Am 22. April wurde der ehemalige Botschafter Leonidas Pantelides als griechisch-zypriotisches Mitglied in den Ausschuss für die Vermissten Personen (CMP) berufen. Das Komitee sucht nach den sterblichen Überresten von etwa 2.000 Zyprioten aus beiden Volkgruppen, die seit den gewaltsamen Auseinandersetzungen von 1963-64 bzw. 1974 als vermisst gemeldet sind

Nach einer hitzigen Debatte verabschiedete das Parlament mit einfacher Mehrheit eine Resolution durch welche der Finanzminister Harris Georgiades wegen des Zusammenbruchs der Genossenschaftsbank (Cyprus Cooperative Bank) entweder sein Amt niederlegen oder vom Präsidenten entlassen werden soll. In dem nicht verbindlichen Antrag wurde auch der Generalstaatsanwalt aufgefordert, den Zusammenbruch zu untersuchen und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen. Der Beschluss beruht auf den Ergebnissen einer Untersuchung, die Georgiades die Hauptverantwortung für den Zusammenbruch der Kreditbank zuweist. Der Bericht empfiehlt zudem die Untersuchung möglicher krimineller Straftatbestände durch

den ehemaligen Geschäftsführer Nicolas Hadjiyiannis und weiterer Vorstandsmitglieder.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Am 2. April traten die Mitarbeiter des Limassoler Verkehrsunternehmens EMEL in einen unbefristeten Streik. Die noch vom März ausstehenden Gehälter und die Weigerung, bereits unterzeichnete Vereinbarungen einzuhalten zwängen die Gewerkschaften und Mitarbeiter dazu, den Streik fortzuführen. Die bereits getroffenen Vereinbarungen betreffen die Wiedereinführung von Unterstützungsleistungen, die während der Finanzkrise 2014 ausgesetzt worden waren. Am 3. April beschlossen die Mitarbeiter am nächsten Tag einen Protestmarsch zum Ministerium für Verkehr, Kommunikation und Bauwesen und zum Ministerium für Arbeit, Sozialfürsorge und soziale Sicherheit durchzuführen, um dort die beiden Minister zu treffen. Am 4. April wurde der Streik erfolgreich beendet. Man hatte sich auf die Zahlung der ausstehenden Gehälter, die Erstattung aller 2014 gestrichener Zuwendungen und eine pünktliche Gehaltszahlung geeinigt.

Am 4. April organisierte der Verband der Lastwagenfahrer einen 24-stündigen Streik. Der Verband vertritt Fahrer, die in erster Linie Container vom und zum Hafen von Limassol transportieren. Die Vereinigung der Handwerker und Einzelhändler Zyperns (POVEK) erklärte: *„Der Versuch des Generaldirektors des Ministeriums für Verkehr, Kommunikation und Bauwesen, die Firmen, die den Hafen in Limassol bewirtschaften, zu besseren Arbeitsbedingungen zu bewe-*

gen, ist fehlgeschlagen. Die Arbeitszeiten der Transporteure hatten sich nicht verringert, sondern verlängert“.

Auf einem Treffen im Verkehrsministerium mit Vertretern von Gewerkschaften und EUROGATE, Europas größtem, reedereiunabhängigen Containerterminalbetreiber-Netzwerk, wurde beschlossen, dass die Spediteure ihre Arbeit wiederaufnehmen. Am Morgen des 5. April bildeten sich jedoch außerhalb des EUROGATE Containerterminals lange Schlangen von Sattelschleppern. Die LKW-Fahrer waren erneut in einen Streik getreten, da es wegen eines Streiks der EUROGATE-Fahrer Verzögerungen bei ihrer Abfertigung gab. EUROGATE, das von der Regierung mit dem Management des Containerterminals beauftragt worden war, beschloss daraufhin, bei der Erneuerung des Tarifvertrags Arbeitern, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, eine 60%ige und Gewerkschaftsmitgliedern eine 40%ige Lohnerhöhung zu gewähren. Nach Beratungen zwischen Gewerkschaft und Terminalbetreiber galt der Streit mit den Fahrern als gelöst und die Tore zum Hafen wurden geöffnet. Die Fahrer weigerten sich jedoch, ihre Arbeit wiederaufzunehmen und forderten eine schriftliche Zusicherung von EUROGATE bezüglich der Bereitstellung von Maschinen sowie bezüglich bevorzugter Abfertigung. Die Zusicherung erfolgte am Nachmittag im Ministerium für Verkehr, Kommunikation und Bauwesen. Der Streik wurde anschließend beendet.

Der Vorstand der Unabhängigen Gewerkschaft der Zypriotischen Angestellten, ASDYK, begrüßte die Verabschiedung des Reform-

Rahmenplanes für den öffentlichen Dienst durch den Ministerrat. Es wurden jedoch Bedenken geäußert, ob eine Reform ohne Konsultation erfolgreich sein könne. In einer Stellungnahme bezog sich ASDYK auf eine Publikation, in der nachzulesen war, dass die überarbeiteten Gesetzesentwürfe zur Reform, die von den Fraktionen im Jahr 2016 abgelehnt worden waren, dem Parlament Ende Juni erneut vorgelegt werden sollen. Laut AYDUK berät man sich im Moment mit Interessenvertretern. Letztere seien allerdings besorgt, da sie noch nicht bezüglich eben dieser Gesetzesvorlagen konsultiert worden seien. Die Gewerkschaften sehen hier eine Wiederholung der Vorgänge zur Reform des öffentlichen Dienstes aus den Jahren 2015 und 2016: Auch damals hatte es keine öffentliche Anhörung aller beteiligten Parteien gegeben. Die Gesetzesvorlagen waren ausschließlich mit der Panzypriotischen Gewerkschaft der Angestellten des öffentlichen Dienstes, PASYDY, abgesprochen worden. ASDYK betonte, dass eine Reform des öffentlichen Dienstes ohne die aktive Teilnahme aller Beteiligten nicht durchgeführt werden könne, unabhängig ob man davon betroffen sei oder nicht, und erklärte ihre Bereitschaft zur ernsthaften Mitarbeit zugunsten einer wirklichen Reform im öffentlichen Dienst. ASDYK forderte die Regierung dazu auf, sich mit allen Beteiligten einschließlich der Gewerkschaften offen und kritisch zu beraten, damit der öffentlichen Dienst und der Bürger von den Reformen profitieren.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes trafen sich am 18. April, um über die Entscheidung des Verwaltungsgerichts über die un-

rechtmäßige Kürzung der Beamtgehälter während der Wirtschafts- und Finanzkrise, zu beraten. Gewerkschaftsführer und Vertreter von Verbänden berichteten, dass der Beschluss des Verwaltungsgerichts den Staat in den nächsten vier Jahren 800 Millionen Euro kosten würde. Gleichzeitig bekräftigten sie, dass sie jede Entscheidung des Obersten Gerichtshofs respektieren würden, sollte der Staat Rechtsmittel gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts einlegen. Die Angestelltenvertreter seien bereit, alle legitimen Rechte ihrer Mitglieder mit allen ihnen zur Verfügung stehenden, legalen Mitteln zu verteidigen und rechtsstaatliche Prinzipien zu schützen.

Die Gewerkschaft der zyprischen Bankangestellten (ETYK) riefen am 19. April zu einem Streik gegen die staatliche zyprische Vermögensverwaltungsgesellschaft KEDIPES und das Hausverwaltungsunternehmen ALTAMIRA REAL ESTATE auf. Grund seien *„kontinuierliche eklatante Verletzungen bestehender Vereinbarungen durch die Arbeitgeber trotz wiederholter Warnungen seitens der Gewerkschaft“*. In einer Stellungnahme erklärte ETYK, dass der Streik sehr erfolgreich gewesen sei und merkte an: *„Wir haben mehrfach betont, dass es an der Zeit ist, dass die Unternehmensleitungen auch in ihren Handlungen zeigen, dass ihre Mitarbeitern ihre wertvollste Ressource sind und mit ihnen daher langfristige Arbeitsverträge abschließen. Erneut möchten wir jeden daran erinnern, dass es dauerhaftes Ziel unserer Organisation ist, alle ETYK-Tarifverträge zu integrieren, um zu verhindern, dass es Mitarbeiter 2. Klasse gibt“*.

Auf der Mitgliederversammlung der Hafentarbeiter in Limassol wurden die Vorschläge der Arbeitgeberseite zur Erneuerung des Tarifvertrags einstimmig zurückgewiesen. In einem Antwortbrief beider großen Gewerkschaftsverbände PEO und SEK an die Vereinigung der zypriischen Reeder, den Containerterminalbetreiber EUROGATE und DP WORLD LIMASSOL, heißt es, dass die endgültige Stellungnahme der Arbeitgeberseite *„nicht nur nicht hilft, im Prozess fortzufahren und diesen abzuschließen, sondern die Kluft zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite noch weiter vergrößert habe. Die Stellungnahme enthalte Bedingungen, die außerhalb des Verhandlungsrahmens liegen oder nicht unserem Tarifvertrag entsprechen“*. Die Antwort bezog sich auf ein Schreiben der Arbeitgeberseite vom 19. April 2019. Damit erklärten die Gewerkschaften die Verhandlungen für gescheitert und kündigten einen 24-stündigen Streik für den 9. Mai an. Während der Arbeitsniederlegung würde über eine mögliche weitere Verschärfung der Protestmaßnahmen entschieden werden, sollte es keine ernstzunehmenden Anzeichen für eine Bereitschaft zur inner Beilegung des Disputs durch die Arbeitgeberseite geben, so SEK und PEO auf einer Versammlung der Streikaktivisten. Die zyprische Industrie- und Handelskammer (CCCI) und der Verband der zyprischen Arbeitgeber und Unternehmer (OEB) riefen nach der Streikankündigung die Regierung auf, Verantwortung zu übernehmen, den reibungslosen Ablauf des Hafenbetriebs und - in erweitertem Sinn – auch den reibungslosen Ablauf von Handel und Wirtschaft insgesamt zu sichern. CCCI und OEB wiesen darauf hin, dass

es notwendig sei, Streiks bei grundlegenden Dienstleistungen zu regulieren. *„Nur durch staatliche Vorschriften kann jeder dazu verpflichtet werden, Arbeitsstandards einzuhalten, um eine Beeinträchtigung der Volkswirtschaft und daraus resultierende Probleme für alle Menschen zu stoppen.“* Sie forderten die Fahrer auf, ihre Verträge zu respektieren und die für den 9. Mai angekündigten Streikmaßnahmen abzusagen, damit der Hafen reibungslos arbeiten könne.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer Candan Avunduk gab bekannt, dass die ‚erhebliche Schrumpfung‘ im Bausektor seit letztem Sommer Unternehmer und Hersteller von Baumaterialien vor große Probleme stelle. Der Rückgang von Exporten in die Türkei und die geringere Zahl von Touristen und Studenten werde ähnliche Auswirkungen auf die anderen Wirtschaftszweige haben.

Laut Daten des Tourismusministeriums lag die Bettenbelegungsquote in Nordzypern in den ersten beiden Monaten des Jahres 2019 bei 29,8%. Das ist die niedrigste Belegung seit drei Jahren. Sowohl die Anzahl der Gäste als auch die Zahl der Übernachtungen fielen verglichen mit dem Vorjahreszeitraum um 5,8% und 6,2%.

Die Staatliche Planungsorganisation teilte mit, dass die Inflationsrate im März um 1,33% ge-

stiegen sei, die 12-Monatsinflationsrate habe 29,26% erreicht.

Die Industrie- und Handelskammer veröffentlichte ihren 11. Wettbewerbsbericht. Nach der Methodik des Weltwirtschaftsforums (WWF) erreicht die TRNZ dabei eine Punktzahl von 55,21. Dies entspräche Platz 89 auf der 140 Länder umfassenden Rangliste des WWF, würde man den Norden in dieser Liste aufführen. Im letzten Bericht wäre die TRNZ auf dem 109. Platz von 137 bewerteten Volkswirtschaften.

Daten der türkisch-zypriotischen Zentralbank zufolge stieg der Anteil der öffentlichen Schulden bei den Gesamtdarlehen im letzten Quartal des Jahres 2018 um 10,9%. Laut des 4. Quartalsberichts der Zentralbank lagen die Kredite der öffentlichen Hand zum Ende des Jahres bei 22,6% (4 Milliarden TL). Ende des 3. Quartals waren es noch 20,6% (3,6 Milliarden TL) gewesen.

Die türkisch-zypriotische Wochenzeitung Cyprus Today zitiert aus dem jährlichen Strategiebericht zur internationalen Rauschgiftkontrolle des US-Außenministeriums, in dem auf eine Explosion ‚verdächtiger‘ Finanzgeschäfte in der TRNZ hingewiesen wird: *„Im Gebiet, das unter der Verwaltung der türkischen Zyprioten steht, fehlt der notwendige rechtliche und institutionelle Rahmen, um Geldwäsche zu verhindern oder zu bekämpfen. Nichtsdestotrotz haben türkisch-zypriotische Behörden erste Schritte unternommen, um einige der größeren Mängel zu beheben. Entsprechende ‚Gesetze‘ werden jedoch nicht ausreichend umgesetzt, um Geldwäsche wirksam zu unterbinden. Der Spielban-*

kensektor und das Auslandsbankwesen geben, was Geldwäsche betrifft, Anlass zur Besorgnis.“ Weitere Problembereiche seien „unkontrollierter Geldverleih und Wechselstuben“. 2018 seien 2,389 „Berichte über verdächtige Transaktionen“ von der türkisch-zypriotischen Zentralbank an die zentrale Meldestelle des Finanzministeriums weitergeleitet worden. Diese habe in 40 Fällen Strafverfolgungen wegen Geldwäsche eingeleitet. 2017 waren es 515 Meldungen an das Finanzministerium gewesen, in 7 Fällen wurde die Staatsanwaltschaft eingeschaltet.

Die Zivilluftfahrtbehörde hat ihre Zahlen für 2018 veröffentlicht. Insgesamt sind 4,2 Millionen Passagiere nach oder von Ercan Airport geflogen. Im Jahr 2011 waren es noch 758,740 Personen. Im Lauf der vergangenen zwei Jahre sei die Zahl der Flüge jedoch zurückgegangen.

Beziehungen mit der Türkei

Der türkisch-zypriotische Außenminister Kudret Özersay traf sich in Ankara mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlut Cavosuglu zu einem Austausch über das Zypernproblem.

Der Vorsitzende der stärksten Oppositionspartei UBP (Nationale Einheitspartei), Ersin Tatar, reiste zu einer Reihe von Gesprächen nach Ankara und Istanbul. In separaten Treffen mit dem türkischen Außenminister Mevlut Cavosuglu und dem türkischen Finanzminister Berat Albayrak wurden verschiedene Themen angesprochen, z.B. das Zypernproblem und die Lieferung von Strom mittels eines Unterseekabels von der Türkei in die TRNZ.

Özdil Nami, Minister für Wirtschaft und Energie im Norden der Insel, traf sich in der Türkei mit seinem Amtskollegen Fatih Dönmez. Nami war als Teilnehmer zum 10. Forum für Energieeffizienz nach Istanbul gereist und kam am Rand des Forums privat mit Dönmez zusammen.

Die türkisch-zypriotische Gesundheitsministerin Filiz Besim traf sich in Istanbul mit ihrem türkischen Amtskollegen Fahrettin Koca. Besim nahm am 2. Internationalen Kongress für traditionelle Heilkunde und Komplementärmedizin teil.

Innenpolitische Entwicklungen

Im Anschluss an den Besuch des Vorsitzenden der stärksten Oppositionspartei UBP (Nationale Einheitspartei), Ersin Tatar, in der Türkei verstärkten sich in der letzten Aprilwoche Spekulationen über einen Zusammenbruch der Vier-Parteien-Koalition. Es kursierten Gerüchte über eine potenzielle Koalition zwischen der Nationalen Einheitspartei (UBP) und der Volkspartei (HP), da der Besuch Tatars direkt im Anschluss an Gespräche des HP-Vorsitzenden Kudret Özersay in Ankara stattfand. Premierminister Tufan Erhurman dementierte die Gerüchte und wies darauf hin, dass in den vergangenen 14 Monaten wöchentlich darüber gemunkelt worden sei, dass die Regierung am Rande eines Zusammenbruchs stehe. Als Erhurman an anderer Stelle gefragt wurde, ob er bei den Wahlen zum Europäischen Parlament wählen gehen werde oder nicht, verneinte er dies und ergänzte, dass er seit 18 Monaten nicht mehr im Süden Zyperns gewesen sei. Laut des Zentrums für Migration, Identität und Rechtsstudien

(CMIRS), einem Meinungsforschungsinstitut, das vierteljährlich Umfragen zu einem weiten Themenspektrum durchführt, sind 82,6% der Befragten der Meinung, dass die Regierungskoalition ‚gescheitert‘ sei. Auf einer Skala von 1 bis 5 sank die Vertrauensrate in Politiker von 2,98 im Februar 2018 auf 2,33 im März 2019.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Im Anschluss an ein Treffen zwischen Zeki Çeler, dem Minister für Arbeit und Soziales, und Supermarktvertretern wurde verkündet, dass - wie auch schon im vergangenen Jahr - alle Supermärkte und kleineren Märkte am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, geschlossen bleiben. Supermärkte, die sich für eine Öffnung am 1. Mai entscheiden, müssen ihren Mitarbeitern den doppelten Lohn zahlen. Zum ersten Mal werden auch Tankstellen geschlossen bleiben, um den Tag zu würdigen, erklärte die Tankstellen-Vereinigung.

Die Mitglieder der türkisch-zypriotischen Telsen (Gewerkschaft der Arbeiter im Fernmeldewesen) demonstrierten vor dem Ministerium für Telekommunikation in Famagusta gegen die Pläne der Regierung, die Behörde umzustrukturieren. Der Vorsitzende der Gewerkschaft erklärte, dass es landesweite Proteste geben werde, sollte die Regierung ihre Absicht, die Behörde zu privatisieren, nicht überdenken.

Die Gewerkschaft der Beschäftigten im öffentlichen Dienst (KTAMS) inszenierte einen eintägigen Streik gegen ‚unsichere und gesundheits-

schädliche' Arbeitsbedingungen im Stadtplanungsamt von Nikosia.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Mai

Dienstag, 21. Mai 2019, 10.00 Uhr

FES

Launch

Launch of Corruption Perception in the north, 2018 Report

Merit Hotel, Nikosia

Öffentliche Veranstaltung



Dienstag, 21. Mai, 18.30 Uhr

Goethe Institut / FES

Filmvorführung mit Diskussion

Film: Once in a Lifetime

Diskussion: Europe in Movement. Movement in the Right Direction?

Goethe-Institut, UN Pufferzone, Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

Juni

Montag, 10. Juni 2019 16.00 – 20.00 Uhr

United Social Work Platform / FES

Konferenz

Multiculturalism and Social Work in Cyprus

Ort tbc

Öffentliche Veranstaltung



Mittwoch, 12. Juni 2019, 19.15 Uhr

IKME / BILBAN / FES

Cypriots' Voice Symposium

Agios Georgios Tavern Nicosia, Cyprus

Keine öffentliche Veranstaltung



Donnerstag, 13. – Freitag, 14. Juni 2019

FES

Workshop

Progressive Politics for the Southern Member States within the European Union

Lissabon, Portugal

Keine öffentliche Veranstaltung

Samstag, 22. Juni 10.00 – 14.00 Uhr

Political Sciences Association / CAD / FES

Workshop

**Cooperation among the Local Governments
towards Settlement**

Home for Cooperation (in the UN Buffer-Zone)
Nicosia, Cyprus

Öffentliche Veranstaltung



Montag, 24. Juni 2019, tba

FES

Report Launch and Konferenz

**Corruption and Corruption Perception in Both
Parts of Cyprus**

Ort tbc

Öffentliche Veranstaltung

Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: office@fescyprus.org

Web-Seite: www.fescyprus.org

Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Enis Porat, Gianna Chatzgeorgiou
und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Monika Heidingsfelder und Hubert Faustmann

Layout:

Gaby Hamann

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen News-
letter abonnieren oder abbestellen möchten, füllen
Sie bitte das Formular auf unserer Webseite aus:
www.fescyprus.org/de/newsletter/

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen News-
letter abbestellen möchten, klicken Sie bitte auf
den Link in Ihrer FES Newslettermail.